

Bonn, 26.06.2017

Sehr geehrte Herren Laschet, Lindner, Katzidis, Déus,  
sehr geehrte Frau Müller-Rech,

wir, der **Bonner Offene Kreis (BOK)**, ein Zusammenschluss von in Integrationskursen beschäftigten Kollegen und Kolleginnen, nehmen hiermit den Ausgang der Landtagswahl in NRW und den daraus entstandenen Koalitionsvertrag von CDU und FDP zum Anlass, Ihnen zwei wichtige Dokumente zu übermitteln: zum einen

- den Artikel „*Palast oder Reihenhaus = Integrationskurs oder Deutsch von Irgendwem*“ unseres Mitglieds Stephan Pabel, erschienen heute, 19.06.2017, in der GEW-Info 2/2017 und zum anderen
- die aktuelle *Stellungnahme der GEW* anlässlich der „Woche der Integrationskurse“ vom 18.05.2017.

Wir, die Lehrkräfte in Integrationskursen, erwarten uns von der im Koalitionsvertrag beschriebenen **Modernisierungspartnerschaft** von CDU und FDP, die „bei der Lösung der großen Fragen unserer Zeit zu einem **Impulsgeber** in der deutschen und europäischen Politik werden“ wollen, dass es nicht nur bei den im Vertrag postulierten HEHREN ZIELEN bleibt. Daran möchten wir Sie heute erinnern bzw. dazu möchten wir Sie auch gerne ermutigen.

Wir erwarten u.a., dass Ihre im Vertrag beschriebene „**NRW-Integrationsstrategie 2030**“ auch für uns Lehrkräfte gilt, die noch immer zu inakzeptablen Arbeitsbedingungen an VHSn und privaten Sprachschulen die sprachliche Integration der zu uns kommenden Flüchtlinge und Migrantinnen stemmen, und zu einer Veränderung unserer prekären Beschäftigungssituation in Richtung einer tarifgebundenen Festanstellung bzw. entsprechend hohen Honorierung führt. Dazu müssen vorrangig der Bund, aber auch die Länder ihren nicht unerheblichen Beitrag leisten, denn dafür sind, wie Sie selbst im Koalitionsvertrag klar und deutlich sagen, „erhebliche finanzielle Ressourcen“ erforderlich.

Die von Ihnen angekündigte **Reform des Weiterbildungsgesetzes** und die **Verstetigung und Dynamisierung der institutionellen Förderung**, die wir sehr begrüßen, bedarf jedoch zuallererst des Ausgleichs der jahrelangen strukturellen Unterfinanzierung!

Leider kommen weder wir Lehrkräfte in Integrationskursen noch die vielen anderen in der Weiterbildung beschäftigten Honorarprofessoren in Ihrem Koalitionsvertrag vor – mit einer Ausnahme: Sie erwähnen die zu hohe Quote nicht festangestellter Lehrkräfte an Musikschulen und wollen „Wege finden, die personelle Situation an den Musikschulen zu verbessern.“ Wie das geschehen soll bzw. kann, lassen Sie allerdings offen.

Wir vermissen auch Ihre Vorstellung von einer konkreten Umsetzung der vorgesehenen „Neuordnung der Einwanderungspolitik“ und wie und mit welcher Zielsetzung Sie auf diese im Bund einwirken wollen.

Außerdem bleibt unklar, was Sie sich explizit darunter vorstellen, wenn Sie dem Erlernen der deutschen Sprache im Rahmen der Integrationsbemühungen „höchste Priorität“ einräumen.

In der Tat verdient diese, vor allem im Hinblick auf den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft, allerhöchste Priorität – und zwar mit allem, was dazugehört: Neben einer zuverlässigen, beständigen und ausreichenden Finanzierung sind das **gut ausgebildete und gut bezahlte Lehrkräfte**. Dies kann unserer Ansicht nach nur gelingen, wenn dem Weiterbildungssektor ENDLICH die Bedeutung zuerkannt wird, die er schon lange hat und sich diese in einer **nachhaltigen Finanzierungsarchitektur** und einer **überwiegenden Quote an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen** gerade auch **im lehrenden Sektor** manifestiert.

Bis heute fehlt beispielsweise uns Lehrkräften in Integrationskursen ein geeigneter Tarif- und Verhandlungspartner (s. GEW-Artikel). Wir vertreten den Standpunkt – und das ist auch CDU-/FDP-Konsens bzw. Konsens der Integrationsministerkonferenz –, dass nur die Verabschiedung eines schon lange überfälligen Einwanderungsgesetzes mit der impliziten institutionellen Struktur eines Integrationsministeriums /-ministers die dafür geeigneten Strukturen schaffen könnte. Ebenso wie das Schulministerium für die Schulen zuständig ist, sollte es für die sprachliche Unterrichtung der auch in Zukunft zu uns strömenden Menschen aus Kriegs- und anderen Krisengebieten ein verantwortliches Ministerium und damit einen konkreten Partner für Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft geben. Daher begrüßen wir Ihren Plan einer Bundesratsinitiative für ein Einwanderungsgesetz.

Gerade in Anbetracht der großen globalen Herausforderungen, vor der die Welt steht, dürfen wir Migration nicht als vorübergehendes Phänomen abtun, sondern müssen sie als integralen Bestandteil einer immer unsicherer werdenden Welt begreifen, die neben Krisen und Konflikten auch durch Lebensbedingungen gekennzeichnet ist, die sich durch den Klimawandel zunehmend dramatisch verändern werden. Nicht umsonst fordert Bundesentwicklungsminister Gerd Müller aktuell einen Marshallplan für Afrika, um 100 MILLIONEN FLÜCHTLINGE (!) von ihrer Flucht nach Europa abzuhalten.

**Machen Sie also ernst mit einer ernst zu nehmenden Weiterbildungs- und Integrationspolitik** – gerade auch in NRW, dem zuwanderungsstärksten deutschen Bundesland, und machen Sie sich außerdem stark im Bund für die qualitative Weiterentwicklung der Integrationskurse, die als GESELLSCHAFTLICHE DAUERAUFGABE nicht ohne eine **nachhaltige Verstetigung von Arbeitsverhältnissen** gelingen kann!

**Herr Laschet und Herr Lindner: Lösen Sie das Problem Billiglohnmodell Honorarkraft in der Weiterbildung!**

Mit freundlichen Grüßen  
Ulrike Wefers, Bonner Offener Kreis (BOK)  
Mitglied im [Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte](#)

Ruth Janssen  
Freie Lehrkräfte an der VHS Düsseldorf  
Mitglied im [Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte](#)

Klaus Mautsch  
Kölner DaF-DaZ-Lehrkräfte  
Mitglied im [Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte](#)

P.S.: Herrn Dr. Katzidis, Herrn Déus und Frau Müller-Rech ist unsere problematische arbeitsrechtliche Situation bereits bekannt. Wir hatten sie/Sie im Vorfeld der Landtagswahl auf Podiumsdiskussionen in Bonn mit unserer Problemlage bekannt gemacht und sind auf Verständnis und Zustimmung gestoßen, dass sich Wesentliches an den Arbeitsbedingungen von Lehrkräften in Integrationskursen sowie allgemein in der Weiterbildung ändern muss.